Seminarergebnis

Die Sicherung der nachhaltigen Nutzbarkeit der Naturgüter Boden, Wasser und Luft sowie der Vielfalt der heimischen Pflanzen- und Tierarten einschließlich deren Rolle im Naturhaushalt dient der Existenzsicherung des Menschen. Aus dieser Erkenntnis hat der Gesetzgeber in das im Jahr 1976 in Kraft getretene Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) die Verpflichtung zum Ausgleich von unvermeidbaren Eingriffen in den Naturhaushalt, soweit es zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege erforderlich ist, aufgenommen. Diese Regelung hat mittlerweile Eingang in die entsprechenden Ländergesetze gefunden. Im Vollzug ergaben sich seitdem eine Reihe von Fragen, die sich auch auf den definitorischen Bereich erstreckten. Daß Antworten in Form einer bundesweiten einheitlichen Lösung hierzu nicht leicht zu finden sind, zeigte sich bei dem wissenschaftlichen Kolloquium, das die Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, Laufen/Salzach, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn, in Aschaffenburg veranstaltete. Unter der Leitung des Direktors der Akademie, Dr. Wolfgang ZIELONKOWSKI, diskutierten Teilnehmer aus den Fachbereichen Naturschutz und Landschaftspflege, Biologie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Straßenbau, Wasserwirtschaft, Vermessungswesen/Flurbereinigung sowie Recht. Sie waren sich mit Ministerialrat Karl-Günther KOLODZIEJCOK vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn, einig, daß die Eingriffsregelung in der Praxis nicht oder noch nicht das leistet, was man sich von ihr versprochen hat. Der Grund hierfür ist, daß die Eingriffsregelung im Hinblick auf ihre praktische Anwendung noch nicht genügend durchgearbeitet und handhabbar gemacht worden ist. Hier sollte das Kolloquium weiterhelfen.

Ministerialrat Dr. Erich GASSNER zeigte in seinem einführenden Referat den rechtlichen Rahmen auf. Er sieht im § 8 BNatSchG, der sich mit den Eingriffen in Natur und Landschaft befaßt, eine zentrale Neuerung des Naturschutzrechts, da er die Staatsaufgabe Naturschutz als Aufgabe aller Behörden, die mit Eingriffen in Natur und Landschaft befaßt sind, konkretisiert und operationalisiert und den Naturschutz insoweit zu einer echten Querschnittsaufgabe macht. Ausgleich setzt zunächst einen Eingriff voraus. Das Gesetz läßt nicht alle Handlungen als Eingriff gelten, sondern beschränkt die Eingriffsregelung auf zwei Handlungstypen, nämlich die Veränderungen von Gestalt oder Nutzung (nicht der Nutzungsintensität) von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können. Dabei ist nach Dr. GASSNER die Beeinträchtigung *des* Naturhaushaltes als Beeinträchtigung *im* Naturhaushalt, also bestimmbarer Strukturen, Funktionen und Prozesse, zu verstehen. Davon ausgenommen ist allerdings die im Sinne des Gesetzes »ordnungsgemäße« land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung. Eingreifer haben drei Hauptverpflichtungen, nämlich unnötige Eingriffe zu vermeiden, vorrangig zugelassene Eingriffe auszugleichen und für nicht ausgleichbare, aber vorrangige Eingriffe Ersatzmaßnahmen vorzunehmen. Dr. GASSNER stellte heraus, daß der Begriff des Ausgleichs ein rechtlicher und kein naturwissenschaftlicher ist. Der Gesetzgeber habe den Ausgleich pragmatisch verstanden als die Wiedergutmachung der Beeinträchtigung im Rahmen des praktisch Möglichen, des vom Menschen Machbaren, also letztlich nur approximative Kompensation. Was jedoch auszugleichen sei, müsse von den Naturwissenschaften beantwortet werden.

Diesen Gedanken griff Prof. Dr. Wolfgang ERZ von der Bun-

desforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie, Bonn, auf, indem er formulierte: »Was ich nicht kenne, kann ich nicht ausgleichen«. Einschränkend stellte er in diesem Zusammenhang fest, daß das Problem der Bestandsaufnahme noch nicht gelöst ist und ein einheitlicher Bewertungsrahmen noch fehlt und im naturwissenschaftlichen Sinne ein Eingriff nicht ausgeglichen, sondern dafür nur Ersatz geleistet werden könne. Als besonders dringlich bezeichnete er es, Vorranggebiete festzulegen, in die nicht eingegriffen werden darf, Vorrang-Arten festzulegen, die nicht geschädigt werden dürfen und bei wertvollen Biotopen wie Weihern, Tümpeln und Feldholzinseln für jede einzelne Fläche wieder Ersatz zu schaffen.

Über die praktische Handhabung des Ausgleiches bei Eingriffen in Baden-Württemberg berichtete Hauptkonservator Gerhard FUCHS von der Bezirksstelle für Naturschutz in Freiburg. Er wies auf das vielfach zu beobachtende Mißverständnis hin, alle Eingriffe in Natur und Landschaft seien grundsätzlich zulässig, wenn nur Anstrengungen zu deren Ausgleich unternommen werden. Unzulässig sind Maßnahmen, die mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung unvereinbar sind, vermeidbare Eingriffe und in bestimmten Fällen Eingriffe, die nicht ausgleichbar sind. Schwierigkeiten in der Praxis ergeben sich bei Enteignungsverfahren zur Verwirklichung geeigneter Ausgleichsmaßnahmen. Eine Enteignung ist nur dann zulässig, wenn der angestrebte Ausgleich auf keinem anderen, weniger belastenden Weg erreicht werden kann. Das zu beweisen, dürfte in den meisten Fällen sehr schwierig sein. FUCHS empfahl deshalb den Organen des staatlichen Naturschutzes, unabhängig von der Aktualität eines konkreten Eingriffs, für Ausgleichsmaßnahmen geeignete Objekte festzustellen, damit diese zu gegebener Zeit realisiert werden. Bei am Ort nicht ausgleichbaren, aber zulässigen Eingriffen stehen in Baden-Württemberg zwei Wege der verfahrensmäßigen Behandlung offen; zum einen den Eingriff an anderer Stelle »auszugleichen«, also eine Ersatzmaßnahme durchzuführen, und zum anderen eine Ausgleichsabgabe festzusetzen. Grundlage hierfür ist eine abstrakte Bewertung der durch die Maßnahme beeinflussten natürlichen Faktoren. Der Übergang zur monetären Bewertung ist methodisch auf verschiedenen Wegen möglich. Die Höhe der ermittelten Ausgleichsabgabe ist dabei nicht identisch mit dem realisierbaren materiellen Wert des beeinträchtigten Naturgutes.

Wie seine Vorredner, betonte auch Prof. Dr. Giselher KAULE vom Institut für Landschaftsplanung der Universität Stuttgart, daß im naturwissenschaftlichen Sinne kein Eingriff ausgleichbar ist, da ein »ökologisch identischer« Zustand nicht wieder herstellbar sei. Es kann damit nicht darum gehen, vollständig auszugleichen, sondern einerseits darum, auf Eingriffe in nicht ersetzbare Ökosysteme zu verzichten, andererseits die Eingriffe so zu gestalten, daß die betroffenen Ökosysteme regenerieren, sich weiter entwickeln können, auch wenn vom Eingriffszeitpunkt an ihre Entwicklung eine neue Richtung nimmt. Die Frage nach der Abgrenzung des konkreten Eingriffsgebietes und damit des Untersuchungsgebietes für das ökologische Gutachten im Zusammenhang mit dem geplanten Eingriff beantwortete Prof. KAULE wie folgt: Das Eingriffsgebiet umfaßt den Raum, in dem über die Umweltmedien Boden, Wasser, Luft oder über die Reaktion von Tieren und Pflanzen Veränderungen zu erwarten sind. Nicht nur die räumliche Reichweite ist von Bedeutung, sondern auch der Faktor Zeit (zeitliche Reichweite). Prof. KAULE wies darauf hin, daß für Ökosysteme, die eine Entwicklungszeit bis max. 75 Jahre haben, eine Regeneration aus biologischer Sicht möglich ist, wenn Populationen aus entsprechenden Lebensräumen noch in ausreichender Nähe vorhanden sind. Ältere Ökosysteme sind durch Eingriffe in jedem Fall nur mehr zerstörbar. Er plä-

dierte dafür, diese Ökosysteme als »Tabuflächen« anzusehen und die hierfür notwendigen Festsetzungen zu treffen.

Zu den Überlegungen von Prof. KAULE steuerte Dr. Gerhard ALBERT von der Planungsgruppe Ökologie und Umwelt, Hannover, Beispiele aus der Praxis bei. In der kritischen Würdigung seiner Erfahrungen kommt er zu dem Schluß, daß, ausgehend von naturwissenschaftlichen Beurteilungskriterien, die derzeitige Planungspraxis in der Regel nur dem Prinzip der Schadensminderung entspricht. Es werden oft nur Einzeleffekte gemindert, ohne zugleich darauf zu achten, welche anderen, meist langfristig wirksamen Folgeeffekte durch den Eingriff und seine »Ausgleichsmaßnahmen« ausgelöst werden. Dr. ALBERT schließt es unter diesem Betrachtungsstandpunkt nicht aus, daß das Veränderungspotential trotz Ausgleichsmaßnahmen gleich hoch bleibt.

Die Möglichkeiten und Grenzen des Ausgleiches von Eingriffen in den Naturhaushalt stellten Prof. Dr. Herbert SUKOPP und Dr. Barbara MARKSTEIN von der Technischen Universität Berlin am Beispiel der Pflanzenwelt urban-industrieller Standorte dar. Beim Vorhaben des Ausbaus einer Güterbahnhofsanlage in Berlin (West) ergibt sich die Erfüllung des Eingriffstatbestandes vor allem aus der zu erwartenden Vernichtung wertvoller Vegetationsflächen. So konnten hier 395 Arten von Blütenpflanzen nachgewiesen werden, von denen 46 als gefährdet oder selten einzustufen sind. Die Eingriffe können als erheblich, nachhaltig, zum größten Teil irreversibel und nur zu einem minimalen Teil als ausgleichbar bezeichnet werden. Für den Fall, daß überwiegende andere Belange der Allgemeinheit den Eingriff erfordern sollten, wurde ein Katalog für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erarbeitet. Ersatzmaßnahmen wurden in anderen Gebieten vorgeschlagen, die hinsichtlich der standörtlichen Verhältnisse und ihrer floristischen und faunistischen Ausstattung ähnlich waren. Zu beachten war dabei, daß die Sicherung eines bereits schutzwürdigen Gebietes weder Ausgleichs- noch Ersatzmaßnahme ist.

Mit dem gleichen Thema beschäftigte sich am Beispiel der Tierwelt Dr. Josef REICHHOLF von der Zoologischen Staatssammlung, München. Er konstatierte, daß alle Eingriffe in den Naturhaushalt sich in Verteilung und Häufigkeit von Tierarten widerspiegeln. Für die Feststellung von Bestandesschwankungen ist es notwendig, Effekte natürlicher Fluktuationen von wirklichen Kapazitätsänderungen zu unterscheiden. Dr. REICHHOLF betonte, daß auch aus tierökologischer Sicht ein wirklich umfassender Ausgleich von Eingriffen nicht möglich ist. Er wies aber, wie auch Prof. KAULE, darauf hin, daß sich die Natur von sich aus stets dynamisch verhält und ein bestimmter Zustand nicht auf immer erhalten bleibt. Unter Beschränkung auf Tierbestände ergibt sich so eine grundsätzliche Ausgleichbarkeit. Ausgleichsmaßnahmen können in Form der Neuschaffung oder Ausweitung von Umweltbedingungen, welche die Kapazität der betreffenden Art begrenzen, an benachbarter Stelle vorgenommen werden. Die Ausgleichsmaßnahme hat allerdings zeitlich vor dem Eingriff zu erfolgen, wenn sie mit minimalem Aufwand maximale Wirkung entfalten soll. Dabei sind auch Verinselungseffekte mit zu berücksichtigen.

Mit den konkreten Möglichkeiten des Ausgleichs von Eingriffen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik bei verschiedenen Eingriffsdisziplinen befaßte sich der abschließende Themenkomplex. Prof. Dr. Norbert KNAUER, Institut für Wasserwirtschaft und Landschaftsökologie der Universität Kiel, behandelte in diesem Rahmen die Landwirtschaft. Er stellte fest, daß der Umbruch von Grünland mit nachfolgender langjähriger Nutzung als Ackerland, die Zusammenlegung von Feldern, die Vereinfachung der Anbaustruktur, die regelmäßige Abdrift von Pflanzenschutzmitteln und ihr Eintrag in natur-

nahe Landschaftselemente, der Übergang zum Anbau von Arten, die keinen wesentlichen Erosionsschutz für den Boden bilden, überhöhte Düngung und die Bekämpfung von Unkräutern über die erkennbare Schadensschwelle hinaus eingriffsähnliche Maßnahmen darstellen. In jedem Fall als Eingriffe einzustufen seien folgende Maßnahmen: Entfernung von Hecken, Feldgehölzen, Baumgruppen, Einzelbäumen, Wegrändern, Feldrainen; Verfüllen von Tümpeln und Teichen; Kultivierung von Heiden, Mooren, Trockenrasen; Begradigung natürlicher Fließgewässer; Befestigung der Ufer von Fließgewässern mit rein technischen Mitteln; flächige Vollbefestigung von Wirtschaftswegen innerhalb der Feldmark; Einsatz von Pflanzenschutzmitteln per Flugzeug. Da ein Vollaussgleich praktisch nicht erzielbar ist, forderte Prof. KNAUER, daß im Vordergrund aller landwirtschaftlichen Maßnahmen auf jeden Fall eine Verringerung aller eingriffsähnlichen und eine Unterlassung von eingriffsgleichen Belastungen des Naturhaushaltes stehen muß. Bei unvermeidbaren Eingriffen, z. B. im Rahmen von Flurbereinigungsmaßnahmen, soll der flächengleichen Wiederherstellung der jeweils beanspruchten Landschaftselemente der Vorrang eingeräumt werden. Prof. KNAUER wandte sich hier gegen das Motto: »Tausche Tümpel gegen Feldgehölz«. Er stellte fest, daß bei der Weiterentwicklung der Landwirtschaft die vorhandenen ökonomischen Leitlinien unbedingt durch ökologische Leitlinien ergänzt werden müssen, damit nicht auch in Zukunft Landschaftszerstörung subventioniert wird.

Ähnliche Gedanken trug Oberregierungsrat Siegfried KOLB von der Bundesanstalt für Gewässerkunde, Koblenz, aus der Sicht der Wasserwirtschaft vor. Er ging davon aus, daß jede Maßnahme an oder in einem Gewässer einen Eingriff im Sinne des § 8 BNatSchG darstellt. Grundsätzlich soll eine Minimierung des Eingriffs versucht werden. Geringere Eingriffe erfordern geringere Ausgleichsmaßnahmen. Eingriffsminimierung und Ausgleichsmaßnahmen im Bereich der Gewässer sind möglich hinsichtlich des Ausbaugrades, der Linienführung, der Gestaltung des Längs- und Querschnittes, der Erschließung, Ufersicherung und Bepflanzung. Ersatzmaßnahmen können bestehen in der Anlage von Feuchtbereichen, Schaffung von Auwäldern und in der Renaturierung von verlandeten und naturfern genutzten Altarmen.

Der Beitrag aus dem Gebiet des Straßenbaus kam von Regierungs-Landwirtschaftsdirektor Ulrich HÄRLE vom Autobahnamt Baden-Württemberg, Stuttgart. Wie im Wasserbau, hat auch beim Straßenbau die Vermeidung bzw. Minimierung des Eingriffs Priorität. Möglichkeiten der Eingriffsverringering oder des Ausgleiches bestehen hinsichtlich der Trassierung, der Wahl anderer Bauwerke, der Abweichung von der üblichen Bauweise, Zusatzausstattungen wie Amphibien-durchlässen, der Anlage von Regenrückhaltebecken, der Bepflanzung und Ansaaten sowie des Rückbaues oder der Rekultivierung nicht mehr benötigter Straßenteile.

Aufbauend auf die Referate und Diskussionen des Kolloquiums formulierte Ministerialrat Wolfgang DEIXLER, Bayer Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, München, Schlußfolgerungen und Empfehlungen, die allgemeine Zustimmung fanden.

Johann Schreiner, ANL

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Laufener Spezialbeiträge und Laufener Seminarbeiträge \(LSB\)](#)

Jahr/Year: 1983

Band/Volume: [9_1983](#)

Autor(en)/Author(s): Schreiner Johann

Artikel/Article: [Seminarergebnis 4-5](#)